

Stellungnahme zur Volksinitiative „Schule in Freiheit“:

Wir begrüßen die Volksinitiative „Schulen in Freiheit“ als engagierten Beitrag zur schulpolitischen Debatte in der Stadt, auch wenn wir nicht alle inhaltlichen Punkte teilen. Die Forderungen der Volksinitiative „Schulen in Freiheit“ sind berechtigt und decken sich in vielen Punkten mit Vorstellungen von Bündnis 90/Die Grünen. Wir Grüne sind für den weiteren Dialog mit den InitiatorInnen der Volksinitiative offen. Es ist im Interesse aller Beteiligten, den Schulen mehr **„Pädagogische Freiheit“** zu geben, Schulen in freier Trägerschaft eine **„eine faire und transparente Finanzierung“** zu gewähren und die Bildungseinrichtungen als **„selbständige Organisation“** zu stärken.

Für uns hat die Qualität der Bildungseinrichtungen Priorität. Die Ergebnisse des „Modellvorhabens eigenverantwortliche Schule (MES)“ bieten in dieser Hinsicht viele konkrete Schritte, wie Schulen mehr Autonomie und Eigenverantwortung gewährt und so auch mehr pädagogische Freiheiten ermöglicht werden können. Die MES-Ergebnisse bilden für uns einen Rahmen für mehr pädagogische Freiheiten und mehr Eigenverantwortung vor Ort. Schulen sollen die Möglichkeit haben, ohne staatliche Reglementierung oder unnötige Bürokratie mit allen Beteiligten (SchülerInnen, LehrerInnen, Eltern) sich ein Schulprogramm zu geben. Und sie sollen die notwendige Unterstützung bekommen, die Ziele des Schulprogramms zu erreichen. Dazu zählt auch, dass Schulen mehr Selbständigkeit bekommen und mehr Spielräume sowohl in finanzieller Hinsicht als auch in personellen Angelegenheiten erhalten, d.h. Honorarmittel, Vertretungsmittel, Fort- und Weiterbildungsmittel und in einem gewissen Umfang auch Personalmittel (Geld statt Stellen) sollen in die Verantwortung der Schulen.

Hinsichtlich der Bezuschussung der Schulen in freier Trägerschaft halten wir eine ein- bis dreijährige Wartefrist, in der festgestellt wird, ob der Träger einen ordnungsgemäßen Schulbetrieb aufnehmen und dauerhaft gewährleisten kann, für angemessen, wollen aber dabei einer Benachteiligung von kleinen oder neuen Trägern wie Elterninitiativen vermeiden. Die Finanzierung von Schulen in freier Trägerschaft muss transparent sein und für Planungssicherheit sorgen. Grundsätzlich erwarten wir einen angemessenen finanziellen Beitrag des Trägers. Wir wollen auch Modelle prüfen, bei dem eine Erhöhung der Bezuschussung der gemeinnützigen Schulen in freier Trägerschaft möglich ist, wenn sie eine ausgewogene soziale Mischung nachweisen und auf das Schulgeld verzichten. Für uns hat eine ausreichende Finanzierung und Gewährleistung eines für alle zugänglichen, breiten und qualitativ hochwertigen öffentlichen Bildungsangebotes Priorität bei der Neugestaltung der Zuschussregelung für Schulen in freier Trägerschaft.

Berlin, den 07.04.11

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
Özcan Mutlu